

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) 2020 – auf der Drucksache 19/16830 im Umfang von 30 Minuten beraten werden.

Schließlich mache ich noch auf eine **nachträgliche Ausschussüberweisung** im Anhang der Zusatzpunktliste aufmerksam:

Der am 12. Dezember 2019 (134. Sitzung) überwiesene nachfolgende Gesetzentwurf soll zusätzlich dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss) zur Mitberatung überwiesen werden:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten sowie zur Änderung des Bundesberggesetzes**

**Drucksache 19/15602**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Damit kommen wir zur **Feststellung der Tagesordnungen** der heutigen 142., der morgigen 143. und der 144. Sitzung am Freitag mit den genannten Ergänzungen. Ich frage Sie: Wer stimmt für diese Tagesordnungen? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Die Tagesordnungen sind so beschlossen mit Zustimmung der Fraktionen der Linken, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP und bei Gegenstimme der Fraktion der AfD.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

### **Befragung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass heute die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, zur Verfügung steht.

Seien Sie uns herzlich willkommen, Frau Bundesministerin. Sie haben das Wort für Ihre einleitenden Ausführungen, fünf Minuten.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben heute Morgen eine sehr eindrückliche Gedenkstunde mit der sehr eindringlichen Rede des israelischen Staatspräsidenten erleben dürfen. Für mich war dieser Morgen auch deshalb eindrücklich, weil ich gestern zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Verteidigungsministeriums einen israelischen Staatspräsidenten zu Gast hatte, der vor allen Dingen auch mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gesprochen hat, die in den vergangenen Monaten in Israel zusammen mit Soldatinnen und Soldaten der dortigen Armee ihre Übungen vollzogen haben. Es ist deutlich geworden, dass wir auf der Grundlage gemeinsamer Werte dort engagiert sind.

Heute Morgen vor dieser Gedenkstunde, als ich die Möglichkeit hatte, mit den Eltern der beiden Soldaten zu reden, die der Staatspräsident erwähnt hat – sie wurden 2014 von der Hamas verschleppt, gefangen genommen oder getötet; ihr Schicksal ist nicht bekannt –, ist aber auch deutlich geworden, wie sehr die Eltern, die Mütter darauf setzen – auch auf unsere Hilfe setzen –, dass ihre Söhne – lebendig oder tot – zur Familie zurückkehren können.

(C)

Das macht deutlich: Wenn wir von Soldaten und Einsätzen reden, dann reden wir am Ende immer über Menschen. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute auch mit Blick auf das Seelenheil dieser Menschen, unserer Soldatinnen und Soldaten, im Kabinett den Staatsvertrag für die Einführung der jüdischen Militärseelsorge verabschiedet haben.

Die Frage, wie es um die Einsatzbereitschaft unserer Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr steht, ist auch für Sie ein ganz wichtiger Parameter, wenn Sie im Parlament entscheiden, in welche Einsätze wir hineingehen. Ich bin dem Wehrbeauftragten, der heute hier ist, sehr dankbar, nicht nur für seine Arbeit – dass er eine Institution ist, an die sich Soldatinnen und Soldaten wenden können –, sondern auch dafür, dass er den Finger in die Wunden legt, die noch nicht geschlossen sind. Denn wir haben die Trendwenden, die eingeleitet sind – das, was politisch beschlossen worden ist –, auch im Jahr 2019 noch nicht in genügender Form – in Form von Material, von Einsatzbereitschaft – für unsere Soldatinnen und Soldaten vorangebracht. Deswegen ist das die große Kernaufgabe für das Verteidigungsministerium in diesem Jahr. Ende dieses Jahres muss die Situation besser sein, als sie Ende 2019 war.

(D)

Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir unseren internationalen Verpflichtungen sowohl in den Bündnissen als auch dort, wo wir an anderer Stelle international gefordert sind, gerecht werden können. Das ist auch die Voraussetzung dafür, dass wir uns mit einem weiteren Themenfeld, nämlich der Frage der inneren Verfasstheit der Bundeswehr, der Inneren Führung – auch das ist Gegenstand der Debatte und des Berichtes des Wehrbeauftragten –, mit aller Kraft befassen.

Eingedenk dessen, was wir heute Morgen so eindrücklich gehört und erfahren haben, ist – noch einmal – vollkommen klar, dass jeder Fall von Rechtsextremismus in der Bundeswehr einer zu viel ist, einer, der verhindert werden muss, einer, der aufgeklärt werden muss, aber auch einer, der zuerst einmal für den Einzelnen steht und nicht die gesamte Bundeswehr unter einen Generalverdacht stellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Das sind die Grundlagen, auf denen wir arbeiten. Das war unter anderem auch Gegenstand der Diskussionen heute im Kabinett.

Vielen Dank.



**(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie stehen in der Mitte der Gesellschaft, und sie stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Das ist die Voraussetzung. Das gilt insbesondere auch für die, die Führungsaufgaben haben. Wenn sie dem nicht gerecht werden, müssen sie nach dem bestehenden Rechtsrahmen entsprechend der Disziplinarordnung oder darüber hinausgehend beurteilt werden. Danach muss entsprechend gehandelt werden. Ob das in diesem Fall ausreichend geschehen ist, das muss ich mir noch mal anschauen. Wie gesagt: Ich werde mir den Bericht sehr genau anschauen, insbesondere mit Blick auf diesen Einzelfall.

(Ulla Schmidt [Aachen] [SPD]: Danke schön!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dazu gibt es jetzt drei Nachfragen. Zunächst Frau Buchholz.

**Christine Buchholz (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Frau Kramp-Karrenbauer, glauben Sie nicht, dass es zu den Aufgaben einer Verteidigungsministerin gehört, den Bericht des Wehrbeauftragten, der seit gestern Morgen vorliegt und den wir als Fachpolitiker natürlich schon studiert haben, möglichst schnell in Gänze zu lesen?

**(B)**

(Beifall bei der LINKEN)

Damit verbunden die Frage: Halten Sie an der Annahme fest, dass es sich um Einzelfälle im Bereich des Rechtsextremismus handelt? Die Zahl der Verdachtsfälle hat sich verdreifacht. Auch die vielen Beispiele, die im Wehrbeauftragtenbericht aufgeführt sind, sind ein Indiz dafür, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass wir es mit bestimmten Strukturen zu tun haben. Das bedeutet nicht, einen Generalverdacht auszusprechen, aber ich glaube, wir können nicht mehr von Einzelfällen von Rechtsextremismus in der Bundeswehr sprechen.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich befinde mich mitten in der Lektüre des Berichtes des Wehrbeauftragten. Wir können nachher gerne vergleichen, wer in den Seiten schon weiter vorangeschritten ist, Sie oder ich.

Der zweite Punkt ist: Wir sind transparent, wir legen die Fälle offen. Wir haben den Militärischen Abschirmdienst genau deswegen reformiert, was der Wehrbeauftragte auch positiv gewürdigt hat. Ich persönlich gebe mich nicht zufrieden damit, zu sagen: Jeder einzelne Fall steht für sich alleine. – Vielmehr will ich wissen, auch als ehemalige Innenministerin, ob es Netzwerke gibt, ob es Verbindungen gibt über die Bundeswehr hinaus. Das ist genau der Bereich, den wir stärker beobachten.

Trotzdem muss jeder Fall einzeln betrachtet werden. Was bei vielen dieser Fälle, dieser Verdachte auffällt, ist, dass es – und das ist gut so – bei den Soldatinnen und Soldaten ein hohes Maß an Aufmerksamkeit gibt, mittlerweile auch die Bereitschaft, auf diese Fälle hinzuweisen, sie auch zur Anzeige zu bringen. Das ist etwas, was wir in der Vergangenheit so nicht festgestellt haben. **(C)**

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Bevor Frau Dr. Strack-Zimmermann drankommt, würde ich noch eine Rückfrage zu dem Themenbereich zulassen, den Ulla Schmidt angesprochen hat. – Frau Rüffer, bitte.

**Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bin Ulla Schmidt sehr dankbar dafür, dass sie gerade am heutigen Tage diese Frage stellt. 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz sollten wir uns auch in Erinnerung rufen, dass die Erprobung der Massenvernichtung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der jüdischen Bevölkerungsgruppe, erprobt worden ist an Menschen mit Behinderungen. Das ist, glaube ich, im Bewusstsein unserer Bevölkerung viel zu wenig verankert.

Dass so etwas wie das, was Ulla Schmidt beschrieben hat, in der deutschen Bundeswehr vorkommen kann – das sind Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die unser Land und unsere demokratische Rechtsordnung verteidigen sollen –, stimmt uns natürlich besorgt. Nun ist meine grundsätzliche Frage an Sie: Wie wird in der Ausbildung gewährleistet, dass auf solche Hintergründe rekurriert wird und deutlich gemacht wird, dass in der Bundeswehr für so ein Verhalten kein Platz ist? **(D)**

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Die Minute ist vorbei.

**Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Und welche Konsequenzen ziehen Sie? – Danke.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Gerade aufgrund der Erfahrungen aus der NS-Zeit müssen wir in Deutschland besonders sensibel mit diesem ganzen Themenkomplex umgehen, auch bezogen auf alle Fragen, die das Thema „Schutz des Lebens“ betreffen, in all seinen Lebensstadien. Das gilt auch für die Bundeswehr. Deswegen ist in der Ausbildung und auch in jeder weiter gehenden Fortbildung, die wir leisten, im Rahmen der Staatsbürgerkunde das Grundgesetz der Parameter, auf den wir uns beziehen. Dabei geht es natürlich auch um die Fragen, die Sie angesprochen haben.

Ich kann es nur noch einmal wiederholen: In vielen der Bundeswehr zur Seite gestellten Organisationen und auch in der Bundeswehr selbst gibt es ein ganz hohes Engagement gerade für Menschen mit Behinderungen. Dass wir uns jetzt gerade sehr erfolgreich um die Invictus Games

**Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer**

- (A) beworben haben, hat auch etwas mit diesem Engagement zu tun.

Deswegen sage ich: Dieser Fall ist nicht akzeptabel, er ist bedauerlich, aber er darf auch nicht den Blick darauf verstellen, dass es Tausende anderer Soldatinnen und Soldaten gibt, die in einer ganz anderen Art und Weise unterwegs sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Nächste Fragestellerin: Dr. Strack-Zimmermann.

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, der Einsatz deutscher Soldaten an der Airbase Al-Asrak in Jordanien soll nach dem aktuellen Mandat Ende März auslaufen. Sie und weitere Vertreter Ihrer Partei haben sich vermehrt für einen Verbleib der Bundeswehr dort ausgesprochen, gerade im Angesicht der Situation im Irak und in den Nachbarländern. Selbst Außenminister Maas sprach sich für eine Verlängerung aus. Ich zitiere: „Wir halten unser Engagement dort für sinnvoll auch in Zukunft, denn der IS ist nicht besiegt.“

Aus unserer Sicht, aus Sicht der Freien Demokraten, wäre eine Verlängerung dringend nötig, auch um unabhängig von der Sicherheitslage im Irak ein Lagebild zu haben.

- (B) Wann können die Soldatinnen und Soldaten vor Ort endlich Klarheit bekommen? Und wie sieht die Sache heute aus? Können wir damit rechnen, an diesem wichtigen Punkt, wo man besonders erfolgreich war, zu bleiben? – An dieser Stelle richte ich meinen Dank an die Soldatinnen und Soldaten, die seit Jahren dort ihren Dienst tun.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Der Einsatz, den wir dort fahren, sowohl im Irak selbst als auch in Jordanien, ist ein wichtiger Einsatz. Wir wollen ihn fortsetzen. Es ist kein Geheimnis, dass die Union als Koalitionspartner bereit ist, insbesondere die Luftaufklärung länger laufen zu lassen, als der Bundestag das im Rahmen der Mandatierung beschlossen hat. Die Mandatierung ist die Geschäftsgrundlage. Deswegen führen wir auch Gespräche – das war die Zusage – mit anderen Partnern, ob sie uns aus der Luftaufklärung herauslösen können. Diese Gespräche laufen, sind noch nicht abgeschlossen. Ich habe – Stand heute – kein belastbares Signal unseres Koalitionspartners, dass sich an der Haltung der SPD in dieser Frage etwas geändert hätte.

Was für mich wichtig ist, ist, dass wir auf jeden Fall mit einem Fußabdruck in Jordanien bleiben; denn gerade die erste Woche im Januar hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir, wenn deutsche Soldatinnen und Soldaten im Irak – in Erbil, in Taji – im Einsatz sind, auch die Fähig-

keit haben, diese Soldatinnen und Soldaten zur Not (C) schnell zu evakuieren.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Strack-Zimmermann.

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):**

Wenn Sie mir eine Nachfrage erlauben: Es geht genau um Letzteres, nämlich darum, dass sich bewiesen hat, dass der Standort wichtig ist, um unsere Soldatinnen und Soldaten – aber auch unsere Partner; denn nicht jeder hat diese Möglichkeit – schnellstmöglich dort herauszuholen. Könnten Sie sich vorstellen, dass dieser humanitäre Ansatz Ihren Koalitionspartner, die Sozialdemokratie in Deutschland, in irgendeiner Form überzeugen könnte, dass unser Mandat dort, an dieser Stelle sehr wichtig ist?

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Man muss in der Debatte unterscheiden. Das Erste ist die Luftaufklärung selbst, das Zweite ist die Luftbetankung, die wir auch fortführen müssten, wenn uns ein Partner auslösen würde, das Dritte ist die eigene Fähigkeit, Leute oder Partner zu evakuieren. Ich kann nur sagen: Wenn wir dabei bleiben, dass unsere Soldaten am Boden im Irak sind, dann müssen wir zur Sicherheit unserer eigenen Truppe diese Fähigkeit in Jordanien auf jeden Fall aufrechterhalten.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Nachfrage von Herrn Lambsdorff.

**Alexander Graf Lambsdorff (FDP):**

In aller Kürze: Sie haben eben gesagt, Sie seien mit Verbündeten in Gesprächen über die Ablösung der Mission. Hier im Plenum hieß es vor ein paar Wochen, mit Italien sei man sich so gut wie einig. In neun Wochen soll das ja schon sein. Wie sieht es denn mit den Italienern aus?

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Wir befinden uns in der Endphase der Gespräche mit der italienischen Seite. Dort ist im Moment anscheinend der Einigungsprozess zwischen der militärischen und der politischen Führung im Gange. Insofern hoffe ich, dass wir in wenigen Tagen Klarheit darüber haben.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dazu eine Nachfrage von Herrn Pflüger von der Linken.

**Tobias Pflüger (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Frau Ministerin, wir sind es von Ihnen inzwischen ja gewohnt, dass es, wenn verschiedene Konflikte diskutiert werden, immer Ihre erste Idee ist, die Bundeswehr dorthin zu schicken. In diesem konkreten Kontext habe ich eine Frage.

(D)



(A) **Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie haben, speziell um die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Soldaten in Uniform zu ermöglichen, auch die Bekleidungsrichtlinie geändert. Bisher war es ja aus gutem Grund so, dass Soldatinnen und Soldaten in unserem sich doch als überwiegend zivil verstehenden Land das Tragen der Uniform in der Freizeit ausdrücklich verboten war. Jetzt haben Sie dies entsprechend geändert.

Sehen wir da nicht einen Paradigmenwechsel vom Bürger in Uniform hin zum Uniformträger auch in der Freizeit, der als wandelnde Litfaßsäule für die Bundeswehr wirbt?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis, dass ich mich Ihrem Ausdruck der „wandelnden Litfaßsäule“ in Uniform nicht anschließen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Das ist, finde ich, gegenüber den Soldatinnen und Soldaten nicht angemessen.

Im Übrigen tragen unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn sie kostenfrei die Deutsche Bahn nutzen, die Uniform nicht nur in ihrer Freizeit, sondern die Fahrt geht oft von ihrem Dienstort nach Hause. Insofern ist das keine reine Freizeit.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dann kommt jetzt Dr. Alexander Neu und danach Agnieszka Brugger.

**Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich möchte noch mal auf die Ursprungsfrage zum Nahen Osten zurückkommen. Vor wenigen Tagen wurde ja berichtet, dass die Bundeswehr in Erbil die Ausbildungsarbeit wieder aufgenommen habe, in der Region Bagdad aber nicht.

(Kerstin Vieregge [CDU/CSU]: Das ist keine Nachfrage!)

Meine Frage ist: Von wem haben Sie die Zustimmung dazu bekommen? War diese Zustimmung lediglich mündlich oder auch schriftlich? Wenn sie schriftlich war: Würden Sie sie uns als kontrollierende Opposition zur Verfügung stellen? Das wäre für uns sehr hilfreich.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:** (C)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Bundeswehr befindet sich zurzeit im Rahmen der internationalen Mission der sogenannten OIR im Einsatz im Irak: sowohl am Standort Taji als auch am Standort Erbil. Die Grundlage für diesen Einsatz ist das Mandat des Bundestages. Dieses Mandat des Bundestages basiert auf der Einladung der irakischen Regierung. Diese Einladung ist nach wie vor existent. Das hat der Präsident des Iraks noch einmal bestätigt, das hat der Verteidigungsminister bestätigt.

Aufgrund dessen, dass sich die Sicherheitslage in Erbil jetzt noch mal etwas gebessert hat, hat das Headquarter des OIR beschlossen, dass wir dort die Ausbildungsmision wieder aufnehmen und fortführen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Neu, haben Sie eine Rückfrage? – Nein. Dann kommt als nächste Fragestellerin Agnieszka Brugger.

**Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, auf den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nordsyrien haben Sie ja sehr schnell reagiert und einen Militäreinsatz in die Debatte eingebracht. Davon hat sich dann aber Außenminister Maas auf internationaler Bühne distanziert – in einer so schwierigen außenpolitischen Lage.

(D) Ist es jetzt mittlerweile die offizielle Position der Bundesregierung, dass die Bundesregierung sich für einen Militäreinsatz in dieser Region einsetzt? In welchen internationalen Gremien, zum Beispiel den Vereinten Nationen, haben Sie diesen Vorschlag weiterverfolgt? Wie waren die Reaktionen?

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Die Situation in Gesamt-Syrien, insbesondere die Situation in Nordsyrien, ist nach wie vor unbefriedigend. Sie ist eine humanitäre Katastrophe. In Nordsyrien gilt die Vereinbarung zwischen Russland und der Türkei, von der alle Beteiligten sagen: Sie kann auf Dauer keine tragfähige Grundlage sein. – Wir sehen insbesondere die Bemühungen, dass Flüchtlinge aus der Türkei in die Region Nordsyrien zurückkehren. Wir sehen auch die hohen Bedenken der kurdischen Bevölkerung, dass sie aus dieser Region vertrieben wird. Das macht aus meiner Sicht notwendig, dass die internationale Gemeinschaft diese Region im Blick behält. Das war Gegenstand auch der E-3-Gespräche am Rande des NATO-Gipfels in London, mit der Bundeskanzlerin und unter anderem mit dem türkischen Staatspräsidenten. Diese Gespräche wurden fortgesetzt und werden weiter fortgesetzt. Insofern steht das Thema Nordsyrien weiter auf der Tagesordnung.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Brugger.

(A) **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich finde, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ist das Engagement für einen Militäreinsatz in der Region jetzt die offizielle Position der Bundesregierung? Oder lassen Sie mich die Frage ein bisschen anders formulieren: Wir beobachten ganz viele sich zuspitzende, schwierige Krisen gerade im Nahen und Mittleren Osten. Ein Problem ist immer, dass die Europäische Union keine gemeinsame, geeinte Position vortragen kann. Jetzt haben Sie sich mit dem Außenminister darüber öffentlich und auf internationaler Bühne zerlegt. Wie soll eine europäische Einigkeit gelingen, wenn es nicht einmal möglich ist, in der Bundesregierung eine gemeinsame Position zu haben? Ich habe das auch den Außenminister in der Regierungsbefragung gefragt. Sehen Sie im Nachhinein nicht eigene Fehler auch in der Abstimmung in der Bundesregierung, und werden Sie das mit dem Außenminister zukünftig besser hinbekommen,-

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Die Zeit!

**Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– damit nicht wieder ein öffentlicher Streit in so wichtigen Fragen stattfindet?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

(B) **Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Mit Blick auf die Situation in Nordsyrien bin ich insbesondere mit der Bundeskanzlerin einig, dass wir das E-3-Format nutzen, um dort zu einer guten Situation, zu einer guten Lösung zu kommen, möglicherweise auch abgesichert. Das ist aber eine Frage, wie wir insbesondere die humanitären Probleme lösen. Es ist vereinbart, dass insbesondere die Bundeskanzlerin ihre Kontakte nutzt, dass die entsprechenden Gespräche geführt werden. Auf Basis dieser Gespräche wird das weitere Vorgehen besprochen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Eine Nachfrage von Herrn Kollegen Bijan Djir-Sarai.

**Bijan Djir-Sarai** (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich will die Frage der Kollegin vertiefen. Es ging nicht nur um Nordsyrien, sondern auch um die Bewertung der Libyen-Konferenz. Es ist auffällig, dass die Abstimmungsprozesse zwischen Ihnen und Herrn Maas bisher suboptimal sind. Deswegen die Frage: Was wollen Sie künftig tun, um diese Abstimmungsprozesse zu verbessern? Denn schließlich geht es hier auch um die Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Nur damit wir es verstehen: Was ist der Grund, dass Sie bei vielen außenpolitischen Themen so vorpreschen?

(C) Sprechen Sie dort als Verteidigungsministerin, oder sprechen Sie dort als die Parteivorsitzende der CDU?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Ich kann nicht erkennen, wo es eine unterschiedliche Bewertung der Libyen-Konferenz gibt. Die Libyen-Konferenz in Berlin ist ein großer Erfolg für Deutschland und insbesondere der Bundeskanzlerin gewesen, natürlich in enger Abstimmung mit dem Außenministerium. Das ist der Beginn einer neuen – möglicherweise auch politischen – Chance einer Einigung. Was darauf folgt, was darin abgesichert werden muss, ist eine politische Entscheidung. Ich betone nochmals: Die Bundeswehr ist, wenn es dazu kommt, in der Lage, schnell zu klären, was sie dazu beitragen kann, wenn ihr Beitrag erwünscht ist.

Wir, Heiko Maas und ich, stimmen uns sehr eng ab; das kommt auch noch aus Zusammenarbeiten aus anderen Zeiten. Vor allen Dingen stimmen wir uns zurzeit sehr eng ab, was das Thema Sahelzone anbelangt, eine der großen sicherheitspolitischen und außenpolitischen Fragen, die im europäischen und insbesondere im deutsch-französischen Kontext auf uns zukommen. Wir haben jetzt gemeinsam eine Abstimmung über die Frage gehabt: Wie ist die Position zur Sahelzone in der Bundesregierung? – Es wird dazu in Kürze einen entsprechenden Bericht im Kabinett geben. Insofern gibt es da keine Zerwürfnisse.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Haben Sie eine Nachfrage, Herr Kollege? – Das ist nicht der Fall. Aber es gibt weitere Nachfragen, und zwar von Frau Hänsel und dann von Herrn Trittin, Frau Keul und Herrn Lindner.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Immer wieder!  
Alle Jahre!)

**Heike Hänsel** (DIE LINKE):

Danke schön. – Frau Ministerin, anstatt immer vorschnell über neue, weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr nachzudenken, zu spekulieren oder sie ins Spiel zu bringen, wäre ja ein friedenspolitischer Beitrag der Bundesregierung, wenn wir von einem Waffenembargo in Libyen sprechen, die deutschen Rüstungsexporte an die Anrainerstaaten, die alle verschiedene Konfliktparteien in Libyen unterstützen, endlich zu stoppen. Es ist doch das Naheliegende, dass keine Waffen mehr zum Beispiel an Ägypten geliefert werden.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Kollegin, das ist wirklich keine Nachfrage. Wir haben Nachfragen zu dem Fragenkomplex vereinbart, der aufgerufen worden ist. Das war keine Nachfrage.

**Heike Hänsel** (DIE LINKE):

Ja, es ging um Libyen.

(D)

(A) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Nein, es ging wirklich um etwas anderes. Es ging um die Koordination innerhalb der Bundesregierung.

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Das ist Fragerenschleicherung!)

– Ich passe ja auf.

**Heike Hänsel (DIE LINKE):**

Im Zusammenhang mit Libyen. – Dann stelle ich die Frage, ob es denn innerhalb der Bundesregierung eine gemeinsame Koordination über den Stopp der Rüstungsexporte in die Region gibt.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin, und dann kommt Herr Trittin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Wir haben ein entsprechendes Gremium; das ist der Bundessicherheitsrat. Dort wird über alle Exporte gesprochen. Die nächste Sitzung steht in Kürze an.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Trittin.

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

(B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kramp-Karrenbauer, Sie haben darauf verwiesen, dass es im Zusammenhang mit der Situation in Nordsyrien innerhalb der Bundesregierung eine enge Abstimmung gibt. Sie haben auf die Bundeskanzlerin verwiesen.

Können Sie uns einmal erklären, wie Sie sicherstellen wollen, dass die Zusage der Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in der Türkei, bei Herrn Erdogan – zumindest war das der Presse zu entnehmen –, den Bau von Unterkünften für Flüchtlinge in Nordsyrien zu finanzieren, so ausgestaltet wird, dass dort nicht in den Bereichen gebaut wird, die die Türkei völkerrechtswidrig besetzt hält, womit man sich selber eines Völkerrechtsverstößes schuldig machen würde?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, mit dieser Frage weisen Sie gerade auf die sehr schwierige Situation in Nordsyrien hin, die eben zurzeit auf einer Grundlage beruht, die auf Dauer nicht tragfähig ist. Deswegen muss auch die Unterstützung für die humanitäre Begleitung und die mögliche Rückkehr der Flüchtlinge eben so ausgestaltet werden, dass sie kompatibel und verträglich ist. Dazu haben jetzt erste Gespräche der Bundeskanzlerin mit dem türkischen Staatspräsidenten stattgefunden. Alles Weitere auf dieser Grundlage müssen wir innerhalb der Bundesregierung weiter besprechen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Keul.

**Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank. – Mich treibt die gleiche Frage um, und ich bin mit der jetzt gegebenen Antwort noch nicht ganz zufrieden. Aber Sie haben erfreulicherweise auch klar gesagt: Der Einmarsch der Türkei in Nordsyrien ist völkerrechtswidrig. Damit ist auch der Verbleib der Türkei in Nordsyrien völkerrechtswidrig. Diese Einschätzung teile ich.

Dort finden ethnische Vertreibungen statt. Das heißt, wenn wir der Türkei Mittel zur Verfügung stellen, um in Nordsyrien Flüchtlingsunterkünfte zu bauen, dann wissen wir, wer sich dort ansiedeln wird, nämlich nicht die Flüchtlinge, die von dort vertrieben worden sind, sondern die Kräfte, die die Türkei gezielt in diesem Gebiet ansiedelt. Das heißt, die Bundesrepublik würde sich finanziell an einer ethnischen Vertreibung beteiligen. Das kann doch nicht ernsthaft unser Anliegen sein. Was sagen Sie dazu?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Auch Ihre Frage macht noch einmal deutlich, dass es gerade angesichts der Situation der Flüchtlinge und des Im-Raum-Stehens des sogenannten Bevölkerungsaustauschs – das ist zumindest die Befürchtung, die es gibt – wichtig ist, dass die internationale Gemeinschaft zum Beispiel mit dem UNHCR dort entsprechend engagiert ist. Das war ja auch die Grundlage der Überlegungen und der Initiativen.

Alles, was wir als Bundesregierung tun, muss sich in diesem Rahmen bewegen und wird ganz sicherlich nicht dazu beitragen, sozusagen die Position der Türkei alleine, die Sie eben beschrieben haben, zu unterstützen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Lindner.

**Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich will noch einmal auf Ihre optimierungsfähige Zusammenarbeit mit Bundesaußenminister Maas zurückkommen. Sie haben das E-3-Format am Rande des NATO-Gipfels in London erwähnt, daher frage ich: Wie soll denn die Bundeskanzlerin solche Themen wie die von Ihnen in Rede geführte Schutzzone in Nordsyrien irgendwie ansprechen, wenn das nicht Meinung der Bundesregierung, sondern Ihre persönliche Auffassung ist? Wie soll Deutschland im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen das Thema ansprechen, wenn es keine geeinte Regierungsposition dazu gibt?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

(C)

(D)



(A) **Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Die Bundeskanzlerin hat beim NATO-Gipfel in London im E-3-Format die Frage adressiert. Sie hat sie insbesondere so adressiert, wie es eben hier auch zum Ausdruck gekommen ist, nämlich wie insbesondere die humanitäre Situation unter Einbindung auch internationaler Organisationen abgedeckt und auch kontrolliert werden kann. Das ist die Grundlage für weitere Gespräche, die sie führt. Das ist innerhalb der Bundesregierung vollkommen abgestimmt, und insofern gab es auch vor dem Gespräch in London Gespräche und enge Abstimmungen zwischen der Bundeskanzlerin, meiner Person und auch dem Außenminister.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Haben Sie eine Rückfrage, Herr Lindner? – Dann gehen wir jetzt wieder zur regulären Reihenfolge über. Der Kollege Elsner von Gronow und dann Kollege Lambsdorff sind an der Reihe.

**Berengar Elsner von Gronow (AfD):**

Frau Ministerin, ich zitiere aus dem Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland:

Die Bundesregierung bekennt sich ... zum Erhalt nationaler verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien.

(B) Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass Sie den deutschen Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie einstufen wollen. Konkret heißt es dort:

Für ... Deutschland ist eine leistungsstarke ... maritime Wirtschaft von großer ... Bedeutung. ... Den Überwasserschiffbau werden wir als Schlüsseltechnologie Deutschlands einstufen.

Das wäre enorm wichtig für die deutschen Werften, die sich ja oft im unfairen Wettbewerb mit Werften in anderen Ländern befinden, die staatlich sind und entsprechend geschützt sind.

Nun frage ich Sie nicht nur als Ministerin, sondern letztendlich auch als Vorsitzende der zumindest nominell führenden Regierungspartei, wenn auch gefühlt ohne Kommando- und Befehlsgewalt: Wieso ist denn das immer noch nicht umgesetzt, sodass jetzt wahrscheinlich mit der Vergabe des Bauauftrags zu MKS 180 ins Ausland ein immenser Nachteil für Deutschland entstanden ist?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Das, was Sie eben zitiert haben, befindet sich in der Umsetzung. Das Gesetz dazu ist ja auf den Weg gebracht worden, und die notwendige Liste mit dem, was sozusagen im nationalen Interesse eine Schlüsseltechnologie ist, ist in der Vorbereitung. Aber selbst wenn wir das jetzt schon umgesetzt und in Gesetzesform gebracht hätten,

(C) hätte das an der Entscheidung zu MKS 180 nichts geändert. Denn das Verfahren zu MKS 180 hat vor vier Jahren mit einer europaweiten Ausschreibung begonnen; es ist jetzt beendet worden. Insofern hätte auch eine veränderte Rechtslage auf diese Entscheidung keinen Einfluss gehabt.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Haben Sie eine Nachfrage?

**Berengar Elsner von Gronow (AfD):**

Unbedingt. – Das bringt mich natürlich zu der entsprechenden Nachfrage: Wenn sich das erst in der Bearbeitung befindet und noch Zeit braucht, wie stellen Sie denn dann sicher, dass, wenn das Vergabeergebnis standhalten sollte, im Zeitraum bis zum nächsten Bauauftrag eines Großkampfschiffes für die deutsche Marine tatsächlich die wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten der deutschen Wehr- und Rüstungsindustrie erhalten bleiben können?

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Zum Ersten sind wir in der Umsetzung dessen, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist, sehr weit. Es wird in Kürze vollzogen werden.

(D) Zum Zweiten werden auch beim Thema „MKS 180“, sollte die Vergabeentscheidung Bestand haben – sie ist ja auch gerügt worden –, 70 Prozent der Wertschöpfung in Deutschland stattfinden. Wir haben eine sehr wettbewerbsfähige Ausrüstungsindustrie in Deutschland, die bei vielen Projekten zum Zuge kommt. Wenn wir eine geänderte Gesetzesgrundlage haben, wird das noch besser gehen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Jetzt kommt als Nächster Graf Lambsdorff und dann die Kollegin Möller von der SPD. Wir sind inzwischen in dem Fragebereich, in dem andere Themen aus der Kabinettsitzung angesprochen werden können. Aber ich glaube, es gibt noch genügend Fragen zum ersten Teil. – Graf Lambsdorff.

**Alexander Graf Lambsdorff (FDP):**

Ich war in London anlässlich des NATO-Gipfels bei einer Konferenz im E-3-Format. Briten, Franzosen und Deutsche saßen da zusammen. Für uns Deutsche war das unangenehm. Die Briten und Franzosen – das waren Außenpolitikprofis – hielten uns entgegen, die Bundesregierung presche mit unabgestimmten Vorschlägen vor; es gebe nicht genug Koordination; man wisse gar nicht, woran man sei, wenn man auf Deutschland blicke. Dann haben Sie aber einen Vorschlag gemacht, den wir als Freie Demokraten gut finden, nämlich, den Nationalen Sicherheitsrat einzurichten, um die Koordinierung zu verbessern.

Wir haben daraufhin eine Kleine Anfrage an Ihr Haus gerichtet: Wie soll der zusammengesetzt sein, und welche Zuständigkeiten soll er haben? Die Antwort war sage und schreibe vier Sätze lang; da war nichts. Meine Frage an

**Alexander Graf Lambsdorff**

- (A) Sie lautet jetzt: Können Sie bitte Licht in das Dunkel bringen? Können Sie uns helfen? Was soll dieser Nationale Sicherheitsrat sein? Wer soll darin Mitglied sein? Und was soll er konkret tun?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Der Nationale Sicherheitsrat kann drei Funktionen übernehmen: ein besser konsolidiertes Lagebild schaffen, als wir es zurzeit haben, in Krisensituationen eingeübte, bessere Strukturen der Absprache untereinander einführen und eine strategische Vorausschau betreiben. Dazu gibt es ganz unterschiedliche Modelle. Je nachdem, welchen Punkt man stärker gewichtet, muss man die Zusammensetzung vereinbaren. Ganz klar ist, dass es zurzeit keinen solchen nationalen Rat gibt und dass es auch im Koalitionsvertrag keine Vereinbarung dazu gibt, den in dieser Legislaturperiode einzuführen. Wir werden ein Modell entwickeln, und wenn das in dieser Legislaturperiode nicht umzusetzen ist, wird es sicherlich auch Gegenstand der Debatte bei der Aufstellung für die nächste Legislaturperiode sein.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Graf Lambsdorff, Rückfrage?

- (B) **Alexander Graf Lambsdorff** (FDP):

Dann würde ich Sie gerne persönlich fragen – ich verstehe, dass das keine Grundlage im Koalitionsvertrag hat; aber wenn Sie so etwas in den Raum stellen als Ministerin, dann müssen Sie ja eine Vorstellung haben –: Wer soll da Ihrer Meinung nach dabei sein? Also, Auswärtiges Amt, BMVg und das Entwicklungshilfeministerium würde ich als Kern sehen.

Aber der Bundessicherheitsrat – den haben wir – ist ja größer. Wäre das vielleicht etwas zum Anknüpfen? Also, ein bisschen konkreter hätten wir es schon gern.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Der Bundessicherheitsrat, den wir heute haben, hat ja eine andere Funktion; ich habe das vorhin im Zusammenhang mit den Rüstungsexporten ausgeführt.

Sie haben Ministerien genannt, die da sicherlich eine Rolle spielen. Ganz sicher gehört auch das Bundesinnenministerium dazu, weil äußere und innere Sicherheit zusammengehören.

Wenn man insbesondere das Thema „strategische Vorausschau, konsolidierte Lage“ in den Mittelpunkt stellt, dann muss man sozusagen auch die Kräfte, die das zuliefern, mit in einen solchen Rat hineinnehmen. Wie gesagt: Das hängt davon ab, welche Schwerpunkte man setzt.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dann Frau Kollegin Möller.

**Siemtje Möller** (SPD):

(C)

Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Ministerin, der Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre in Ihrem Ministerium – ich bin Mitglied in diesem Untersuchungsausschuss – befindet sich auf der Zielgeraden. In den letzten beiden Sitzungen werden wir uns vor allen Dingen der Frage widmen, wer denn eigentlich auf der Leitungsebene die Verantwortung zu tragen hat. Am Ende ist ja klar, dass irgendjemand auch politisch verantwortlich sein muss.

Bisher wurde im Untersuchungsausschuss bereits eine ganze Reihe von Missständen aufgearbeitet, und es wurde eindeutig herausgearbeitet, dass diese in Ihrem Ministerium bisher noch nicht ausreichend aufgeklärt wurden und die bisherigen Erkenntnisse der sogenannten Verwaltungsermittlungen weit hinter den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zurückbleiben.

Meine Frage nun an Sie, Frau Ministerin: Gedenken Sie, eine erneute vertiefte Untersuchung anzustoßen und Verantwortung auch politischer Art klar zuzuordnen, und gedenken Sie, aus diesen Verantwortlichkeiten auch Konsequenzen zu ziehen?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Vielen Dank. – Frau Abgeordnete, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Untersuchungsausschuss, der sich ja mit Vorgängen befasst, die auch vor meiner Amtszeit lagen, jetzt auf der Zielgeraden ist. Insofern ist die Frage, was wir nachher auch im Ministerium ganz konkret an weiteren Prozessen darauf setzen, was wir ganz konkret auch an weiteren Konsequenzen daraus ziehen, natürlich auch abhängig vom konsolidierten Endbericht dieses Untersuchungsausschusses. Wir werden uns sehr intensiv damit befassen, weil natürlich vieles von dem, was in Rede steht, auch heute schon eine Frage der Prozesse, die wir eingeleitet haben, ist. Das Thema Berater gehört dazu. Insofern werden wir auf der Grundlage der Ergebnisse, die der Untersuchungsausschuss zutage fördert, auch unsere Konsequenzen ziehen. Aber ich bitte um Verständnis: Was das genau ist, das können wir erst dann benennen, wenn wir den Bericht in den Händen haben.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Möller, haben Sie eine Nachfrage?

**Siemtje Möller** (SPD):

Habe ich. – Wenn wir uns jetzt noch einmal genauer angucken, dass Sie ja Ermittlungen vorgenommen haben und diese tatsächlich hinter den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zurückgeblieben sind, folgt meine erneute, konkretere Nachfrage: Haben Sie vor, weitere Ermittlungen oder Aufklärungsarbeiten in Ihrem Ministerium durchzuführen?



**Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer**

- (A) Verfügung zu stellen; insofern ist die Grundlage eine andere. Dass sie aber im digitalen Zeitalter für die Zukunft anders ausgestaltet werden muss, da sind wir uns, glaube ich, einig.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Erst Frau Brugger und dann Herr Jens Lehmann.

**Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, wir nehmen Sie gerne beim Wort, dass noch einmal gezeigt werden soll, dass diese SMS mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben. Wir reden ja hier über das Handy der früheren Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Mein Kollege Lindner hat einen Screenshot abgeliefert, wie er mit ihr im Zeitraum des Untersuchungsgegenstandes SMS ausgetauscht hat; das ist mittlerweile auch vom Untersuchungsausschuss offiziell beweismäßig eingestuft worden.

Habe ich Sie dann richtig verstanden, dass Sie sich jetzt dafür einsetzen, dass diese SMS dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden? Denn den Nachweis, den Sie verlangt haben, hat mein Kollege Lindner als Zeuge im Ausschuss erbracht.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Das ist doch dargestellt worden durch Herrn Lindner!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

- (B) Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Es ist die Frage, ob das, was im Ausschuss vom Kollegen Lindner erbracht worden ist, und die Genehmigung der Ministerin a. D., dass wir das Handy wieder forensisch herstellen können, unter Wahrung ihrer eigenen Rechte, abgedeckt ist; das können wir gerne noch mal untersuchen. Wenn es abgedeckt ist, stellen wir dieses Handy sehr gern forensisch wieder her; das ist überhaupt keine Frage.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dann jetzt Herr Jens Lehmann.

**Jens Lehmann (CDU/CSU):**

Danke, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, in den letzten Jahren wurde viel für unsere Soldaten getan, die im Einsatz versehrt oder verwundet wurden, an der Spitze das Einsatzversorgungsgesetz. Neben den gesetzlichen Maßnahmen gibt es noch eine ganze Menge Maßnahmen zur Therapie und Rehabilitation. Wie positionieren Sie die Invictus Games bei der Bundeswehr im Rahmen dieser Rehabilitation, und wie binden Sie die Invictus Games in diese Rehammaßnahmen ein?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:** (C)

Die Invictus Games und die Tatsache, dass wir sie für das Jahr 2022 nach Düsseldorf geholt haben, sind ein großer Erfolg, und ich darf mich an der Stelle bei allen, auch aus diesem Haus, bedanken, die dazu ihren Beitrag geleistet haben.

Der entscheidende Faktor – das haben uns die Verantwortlichen der Invictus Games in London noch einmal gesagt – ist das Konzept der Bundeswehr. Und das Konzept der Bundeswehr mit Blick auf diese Games lautet, dass die Entscheidung, wer daran teilnimmt, nicht daran festgemacht wird, wer die besten sportlichen Aussichten auf einen Sieg oder eine Medaille hat, sondern daran, ob die Teilnahme an diesen Spielen der ganz persönlichen Rehabilitation einen Schub nach vorne gibt und demjenigen hilft. Das ist der Parameter, den wir anlegen; das hat am Ende des Tages auch die Organisatoren überzeugt. Deswegen passen diese Games sehr gut in die Rehabilitationsarbeit und auch in die Bewältigung der Traumaaarbeit, die wir in der Bundeswehr für diejenigen leisten, die im Einsatz entsprechend körperlich oder seelisch verletzt worden sind.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Lehmann, haben Sie eine Nachfrage?

(Jens Lehmann [CDU/CSU]: Nein!)

Dann kommt Dr. Faber; der hat nämlich eine.

**Dr. Marcus Faber (FDP):** (D)

Frau Ministerin, erst einmal vielen Dank, dass Sie hier noch einmal auf die Initiative des Parlaments und meiner Fraktion hingewiesen haben, die Invictus Games nach Deutschland zu holen. Auch ich habe mich sehr gefreut, dass die Bewerbung Düsseldorfs so erfolgreich war.

Mir geht es jetzt darum, wie wir als Deutschland sicherstellen, welche Sportler an diesem Ereignis teilnehmen. Sie haben eben schon darauf hingewiesen, dass es nicht nur um Medaillen geht, sondern auch um Therapieerfolge. Innerhalb der Bundeswehr gibt es eine intensive Debatte dazu, welche Sportler in welchem Verhältnis repräsentiert werden. Wir haben in der Bundeswehr einsatzversehrte Soldaten; wir haben in der Bundeswehr aber auch Soldaten, die im Inland verunfallt sind, zum Beispiel einen Motorradunfall in ihrer Freizeit hatten. Wie wollen Sie dieses Verhältnis vor den unterschiedlichen Hintergründen der verunglückten und jetzt in Betreuung befindlichen Soldaten gewährleisten und gestalten? – Danke.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Zuerst einmal haben alle diese Soldaten, egal ob sie im Einsatz oder außerhalb des Dienstes im Inland verletzt worden sind, die volle Aufmerksamkeit und auch die volle Unterstützung verdient. Die Entscheidung darüber,

**Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer**

- (A) wer letztendlich der Mannschaft der Invictus Games angehört wird, muss in den nächsten Monaten getroffen werden; die Parameter, die wir anlegen, habe ich eben geschildert. Sie müssen natürlich immer auch kompatibel sein mit den Parametern, die die Invictus Games selbst anlegen. Das ist das, was wir übereinanderlegen müssen. Dazu gibt es auch die entsprechenden Gremien und Arbeitsgruppen. Auf diesem Weg befinden wir uns. Die letztendliche Entscheidung darüber ist noch nicht getroffen; aber die Debatte findet in der Tat so statt, wie Sie sie eben geschildert haben.

(Abg. Jens Lehmann [CDU/CSU] meldet sich zu einer Nachfrage)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Normalerweise geht das nicht, Herr Lehmann, aber weil Sie vorher keine Nachfrage hatten, haben Sie jetzt die Gelegenheit.

**Jens Lehmann (CDU/CSU):**

Entschuldigung, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, mich würde der Frauenanteil bei den Invictus Games interessieren; denn ich war bei den Empfängen dabei. Können Sie den ungefähr beziffern? Wie hoch ist der?

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Ich kann ihn nicht genau beziffern, kann aber versuchen, Ihnen die konkreten Zahlen nachzuliefern. Das hat natürlich, insbesondere wenn wir über Einsatzverwundete oder -verletzte reden, etwas damit zu tun, wie viele Frauen im Einsatz waren. Die Invictus Games verstehen sich aber auch als eine Veranstaltung, die sich nicht nur an den einzelnen Soldaten oder die einzelne Soldatin richtet, sondern sozusagen an das gesamte Umfeld; die gesamte Familie ist mit einbezogen und eingeladen. Das macht ihren besonderen Wert aus. Das unterscheidet im Übrigen diese Games auch von Olympischen oder Paralympischen Spielen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt zur nächsten Runde. Tobias Pflüger.

**Tobias Pflüger (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Dieser Tage findet das größte Manöver seit Ende des Kalten Krieges hier in der Bundesrepublik statt; 20 000 US-Soldaten sollen von West nach Ost transportiert werden. Das Manöver heißt Defender Europe 2020. Sie haben uns allen einen Brief geschrieben, in dem Sie dieses Manöver für dringend notwendig erachten. Wir haben eine andere Einschätzung. Wir haben den Eindruck: Hier wird eskaliert. Die spannenden Fragen sind: Warum halten Sie dieses Manöver für notwendig? Wie ist die Information der Bevölkerung? Und welche Truppenteile der Bundeswehr sind in dieses Manöver involviert?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:** (C)

Wir haben im Jahr 2014 nach den Besetzungen der Krim und der Ostukraine innerhalb der NATO auch über eine angepasste Strategie gesprochen, eine Stärkung von Bündnis- und Landesverteidigung. Im Rahmen dieser neu verstärkten Strategie spielen Übungen und Einsätze wie das Air Policing über den baltischen Staaten oder unser Einsatz in Enhanced Forward Presence in Litauen, aber auch die logistische Übung Defender Europe 2020 eine große Rolle.

Insofern teile ich Ihre sicherheitspolitische Einschätzung dazu nicht. Das ist eine notwendige Übung auf der Grundlage der festgelegten strategischen Überlegungen. Eine Alternative dazu wäre eine deutlich verstärkte Präsenz, insbesondere an den Ostgrenzen des Bündnisses – etwas, was wir nicht wollen, auch mit Blick auf die NATO-Russland-Grundakte.

Was die genaue Teilnahme der Bundeswehr anbelangt: Dazu kann ich Ihnen gerne schriftlich auch noch mal die Informationen zukommen lassen. Wir sind in enger Abstimmung mit allen verantwortlichen Behörden vor Ort, also denjenigen, die Genehmigungen aussprechen müssen und anderes. Das läuft in einer sehr intensiven Zusammenarbeit.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Pflüger, Rückfrage?

**Tobias Pflüger (DIE LINKE):** (D)

Ja. – Sie haben ja gerade eben den geopolitischen Kontext relativ offen dargestellt. Das heißt, das Übungsszenario ist durchaus so, wie wir es vermuten: Hier geht es um die Übung insbesondere eines Aufmarsches gegen Russland.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Für Genossen Pflüger ist das ein großer Schock!)

Ich hätte gerne von Ihnen einfach noch mal eine politische Begründung dafür, warum Sie der Meinung sind, dass in den jetzigen Zeiten ein solches Manöver notwendig ist, insbesondere da es ja auch eine enorme Klimaschädigung ist, wenn so viele Militärfahrzeuge durch die Bundesrepublik geschickt werden.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Die Übung dient der Stärkung der Bündnis- und Landesverteidigung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist etwas, was wir 2014 in der NATO festgelegt haben. Deutschland ist im Rahmen dieser Strategie eine logistische Drehscheibe; dies wird jetzt geübt. Es ist im Übrigen auch ein Bekenntnis der amerikanischen Seite zu mehr Präsenz in Europa, und darüber freue ich mich.

**Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer**

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Frau Ministerin. – Dazu eine Rückfrage von Frau Hänsel.

**Heike Hänsel (DIE LINKE):**

Danke schön, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie haben ja die NATO-Russland-Grundakte erwähnt. Bisher gab es ja ein stilles Einvernehmen zwischen den NATO-Staaten und Russland darüber, dass die Präsenz militärischer Einheiten, die größer sind als eine Brigade, in den östlichen NATO-Ländern dieser Grundakte widerspricht. Jetzt sprechen wir von fast 40 000 Soldaten, die verlegt werden;

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: 32 000! – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Dauerhafte Präsenz, Frau Hänsel! Das ist eine Übung!)

das ist eine Divisionsstärke.

Meine Fragen sind: Widerspricht das nicht fundamental dem Geist der NATO-Russland-Grundakte?

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Das ist keine Besetzung! Das ist eine Übung!)

Empfinden Sie das im 75. Jahr der Befreiung von Krieg und Faschismus mit 26 Millionen Toten in der ehemaligen Sowjetunion nicht auch als einen Affront gegen die russische Bevölkerung, wenn wir jetzt Krieg gegen Russland üben?

(B)

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Es gibt russische Beobachter dabei! Sie sollten sich mal erkundigen! – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Kennt die Verträge nicht! Kennt die Geschichte nicht!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Die Grundakte, die Sie erwähnt haben, bezieht sich auf eine dauerhafte Stationierung. Darum geht es gerade nicht. Es geht um eine Übung.

Ich bin mir sehr wohl bewusst der Opfer, die die Menschen in der ehemaligen Sowjetunion gerade im Zweiten Weltkrieg gebracht haben. Ich möchte auf keinen Fall die russische Bevölkerung für alles in Haftung nehmen, was die russische Regierung und der Staatspräsident zurzeit tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will nur sagen, dass wir zurzeit erleben, auch in unserem Air Policing über den baltischen Staaten, dass es insbesondere Flugzeuge aus Russland sind, die fast täglich den Luftraum –

(Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers [CDU/CSU]: So ist es!) (C)

und das ist NATO-Luftraum – verletzen. Deswegen kann ich nur sagen: Das ist die Realität. Deshalb muss geübt werden, und das tun wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: So ist es!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Rückfrage: Frau Alt. Und dann Herr Neu.

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Frau Alt und Herr Neu! – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Das passt ja dann! – Heiterkeit)

**Renata Alt (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben die Ukraine erwähnt. Ich war vergangene Woche in der Ukraine, wo der Normandie-Gipfel vom Dezember bislang keine echten sicherheitspolitischen Konsequenzen hat. Weiterhin wird nahezu täglich die Waffenruhe gebrochen, die Mitarbeiter der OSZE können sich nicht frei bewegen, und es sterben weiter Menschen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Wunsch der ukrainischen Regierung nach deutscher Militärhilfe zu entsprechen? Und in welchen Bereichen könnte Deutschland Ihrer Meinung nach einen Mehrwert bieten?

(D)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Alt, das war jetzt keine Nachfrage.

**Renata Alt (FDP):**

Doch.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Nein, war es nicht. Aber, Frau Ministerin, bitte.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Die Situation in der Ukraine, so wie Sie sie geschildert haben, ist nach wie vor unbefriedigend. Deswegen haben wir gesagt – das ist auch das, worauf sich die Bundesregierung konzentriert –: Wir müssen das politische Format, die politischen Anstrengungen weiter vorantreiben, insbesondere im Rahmen des Normandie-Formates.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Dr. Neu hat eine Rückfrage zum Themenkomplex „Pflüger“.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Ich wusste gar nicht, dass Herr Pflüger einen Komplex hat!)

**Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Noch mal zu Defender 2020. Gemäß dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ist ja nicht nur die Stationie-

**Dr. Alexander S. Neu**

- (A) rung, sondern auch die Verlegung von Truppen nach Ostdeutschland verboten. Ich zitiere Artikel 5 Absatz 3 des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Da heißt es:

Ausländische Streitkräfte ... werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch ... verlegt.

Hier geht es im Wesentlichen um die Verlegung.

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Nee! Er ist schon so lange dabei und weiß es immer noch nicht! – Dr. Marcus Faber [FDP]: Nicht in den, sondern durch den!)

Meine Frage ist: Wenn das so ist und die Bundesregierung anders agiert, wie respektiert sie dann noch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, oder ist er obsolet, seitdem sich die NATO nach Osten erweitert hat?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Der Vertrag, den Sie zitiert haben, ist natürlich nicht obsolet. Ohne dass ich jetzt in die juristischen Feinheiten einsteigen will: Wenn im Rahmen einer Übung Verlegungen und entsprechend auch wieder die Rückverlegungen erfolgen, dann verletzt das nicht den Vertrag, so wie Sie ihn eben zitiert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wolfgang Hellmich [SPD]: So ist das!)

(B)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Rückfrage? – Das ist jetzt die 30-Sekunden-Chance.

**Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):**

Es geht nicht nur um Verlegungen nach Ostdeutschland, sondern natürlich auch durch Ostdeutschland; aber seinerzeit gab es noch keine NATO-Osterweiterung.

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Das ist der Egon-Krenz-Traum!)

Das heißt, hier wird ganz deutlich gegen den Geist von Zwei-plus-Vier verstoßen. Oder haben Sie eine andere Interpretation?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Es wird nicht gegen den Geist des Zwei-plus-Vier-Vertrages verstoßen. Ich glaube, wir können noch drei Nachfragerunden machen: Wir werden an diesem Punkt nicht zu einer politischen Übereinstimmung kommen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Drei Runden machen wir nicht, so viel Zeit haben wir nicht.

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Gott sei Dank!) (C)

Aber eine Nachfrage haben wir noch, und zwar von Frau Vogler.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Jetzt kommt die Litfaßsäule!)

**Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, nun mal Butter bei die Fische: Die US-Armee hat bekannt gegeben, dass sie das Manöver „Defender 2020“ als Stresstest für die deutsche Verkehrsinfrastruktur ansieht. Nun bin ich als Bahnfahrerin nicht der Ansicht, dass ein weiterer Stresstest unbedingt dazu beiträgt, dass die Situation für Pendler besser wird; aber das steht auf einem anderen Blatt. Was mich interessiert, ist: Was denkt die Bundesregierung, in welchem Umfang Schäden an der zivilen Infrastruktur entstehen werden? Haben Sie im BMVg dazu Rücklagen gebildet, und in welcher Art und Weise gedenken Sie schnell und umfangreich mögliche Schäden zu beseitigen?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung:**

Zunächst einmal ist dieser Transport, sowohl von Menschen als auch von Material, in der Tat einer der größten Transporte, die wir seit den 80er-Jahren hatten. Das ist wohl damit gemeint, wenn vom „Stresstest“ gesprochen wird. Wir sehen, inwieweit unsere öffentliche Infrastruktur, zum Beispiel Brücken, dem standhalten, was sie sonst auch bei Schwerlastverkehr aushalten müssen. Insofern haben wir noch keine vorausschauende Überlegung oder Planung, was möglicherweise an Schäden entstehen kann. Wenn Schäden entstehen, gibt es entsprechende Regularien, wie damit umzugehen ist. Diese gelten dann auch für diese Übung. (D)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Graf Lambsdorff, bitte kurz. – Wir verlängern diese Debatte.

**Alexander Graf Lambsdorff (FDP):**

Ich mache es ganz schnell. – Wir hören hier von den Kollegen der Linksfraktion eine wahnsinnige Aufregung über eine Verlegeübung von 20 000 Soldaten. Frau Ministerin, glauben Sie, dass die Kollegen der Linksfraktion zur Kenntnis genommen haben, dass das russische Manöver Sapad 2017 mit 100 000 Soldaten durchgeführt wurde, von denen nur 12 700 gemeldet wurden, damit man nicht über die Grenze von 13 000 kommt; denn dann müssen Beobachter eingeladen werden? Glauben Sie, die Kollegen haben das zur Kenntnis genommen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Was ist das denn für ein Quatsch?)

(A) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Die Antwort wäre Spekulation;

(Heiterkeit bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

aber wenn man sich die Qualität der Fragen anschaut, liegt die Vermutung nahe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Ich kann die Debattenzeit um zehn Minuten verlängern. Ich glaube, Sie sind damit einverstanden, weil es ja eine sehr lebendige Fragerunde ist. – Dann kommt jetzt als Nächster Dr. Lindner und danach Herr Nolte.

**Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie sind in Ihren einführenden Bemerkungen auch auf den Jahresbericht des Wehrbeauftragten eingegangen. Der Wehrbeauftragte hat aus unserer Wahrnehmung heraus gestern ein sehr niederschmetterndes Bild über den Zustand der Bundeswehr gezeichnet. Wenn man sich den Bericht durchliest, stellt man fest: Er liest sich an vielen Stellen wie eine Kopie der Berichte der Vorjahre, und zwar nicht, weil Textpassagen kopiert wurden, sondern weil Dinge wie die Materiallage, die Einsatzbereitschaft nicht nur nicht in kleinen Schritten vorankommen, sondern nahezu stagnieren, und das, obwohl seit 2013 der Verteidigungsetat überproportional Jahr für Jahr wächst im Vergleich zum gesamten Bundeshaushalt. Vor dem Hintergrund möchte ich Sie in den letzten 15 Sekunden, die ich habe, fragen: Was wollen Sie denn anders machen als Ihre Vorgängerin, damit wir nicht wieder in einem Jahr oder in zwei Jahren dastehen und die gleiche Diagnose haben? – Danke schön.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Im Bericht des Wehrbeauftragten ist die Situation, was die materielle Einsatzbereitschaft anbelangt, sehr zutreffend geschildert worden, und ich habe eben sehr deutlich gesagt: Dieser Zustand ist nicht akzeptabel; er muss ganz dringend verbessert werden. Das war auch schon Gegenstand der Leitungsklausur zu Beginn dieses Jahres. Dort ist ein Sofortprogramm zur Verbesserung der materiellen Einsatzbereitschaft, auch zur Verbesserung des Abflusses der Haushaltsmittel beschlossen worden.

Daneben gibt es auch mittelfristigere Maßnahmen. Sie wissen, dass wir in einer Umstrukturierung des BAAINBw sind und andere Maßnahmen vorhaben. Das wird in diesem Jahr der absolute Schwerpunkt auch der ministeriellen Arbeit sein.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Lindner.

**Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Eine Nachfrage noch. Wenn wir uns im Verteidigungsausschuss Berichte zur Einsatzbereitschaft und auch zum Zulauf von neuem Material anschauen, dann ist nicht nur von Personalmängeln bei bundeswehreigenen Dienststellen zu lesen, sondern eben auch, dass die Industrie nicht vertragsgemäß und verspätet liefert, weil *sie* Personalmängel hat und anscheinend Dinge versprochen hat, die sie nicht einhalten kann. Welche Konsequenzen möchten Sie denn daraus ziehen? Denn ich kann mir vorstellen, dass die meisten Unternehmen, deren Namen ich in diesem Bericht lese, ja auch in Zukunft Verträge mit Ihrem Haus abschließen wollen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Es ist in der Tat so, dass wir bei verschiedenen Ausrüstungsprojekten ein wenig auf der Stelle treten, weil etwa Ersatzteile fehlen oder die Bearbeitung auch im zuständigen Unternehmen nicht so schnell voranschreiten kann, wie das geplant ist.

Das heißt für uns insbesondere, dass wir die Verträge, die wir jetzt für die Zukunft abschließen, in einer anderen Art und Weise abschließen müssen. Das heißt auch, dass wir eigene Fähigkeiten in der Bundeswehr wieder besser darstellen müssen. Genau das ist der Grund, weshalb wir zum Beispiel die HIL-Werke nicht privatisieren, sondern mit ihren Fähigkeiten in der Bundeswehr, also in der öffentlichen Hand, belassen und weiter nach vorne entwickeln und ausbauen, um auch ein gewisses Gleichgewicht zur Industrie zu schaffen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen herzlichen Dank. – Dann haben wir jetzt Jan Nolte. Und dann kommt die SPD mal wieder dran.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Aber wir wollen auch noch mal!)

– Schau'n wir mal.

**Jan Ralf Nolte (AfD):**

Sophia hat die Schlepperei angekurbelt, anstatt sie einzudämmen. Statistisch ist das gut nachzuweisen, und auch Unionsabgeordnete beklagen das ja in der Zeitung. Die IOM etwa erfasste in einer Statistik die Toten auf dem Mittelmeer innerhalb des ersten Halbjahres jeweils von 2014 bis 2019. Für 2014 – da gab es Sophia noch nicht – werden dort 800 Personen aufgelistet. 2015 – da gab es Sophia – waren es 2 000; im folgenden Jahr waren es schon fast 3 000 Personen. Im letzten Jahr von Operation Sophia, 2018, waren es immerhin noch 1 500 Personen. Als die Operation eingestellt war, sank diese Zahl sofort um zwei Drittel auf 500. Meine Frage: Wollen Sie die Operation Sophia wieder fortführen, auch wenn dann in Zukunft mehr Migranten auf dem Mittelmeer sterben?

(C)

(D)



(A) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Wenn Menschen sich – egal unter welchen Umständen – in Seenot befinden, müssen sie gerettet werden. Das ist eine humanitäre Verpflichtung, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass es besser ist, wenn wir dies kontrolliert und durchaus auch mit staatlichen Einrichtungen oder Mitteln machen, als es Privaten zu überlassen.

Aber es gibt einen ganz klaren Punkt zur Operation Sophia: Sie ist zurzeit ausgesetzt, weil man sich über grundlegende Fragen auch der Aufnahme derjenigen, die gerettet werden, innerhalb der Europäischen Union nicht geeinigt hat. Solange diese Einigung nicht erfolgt, ist diese Operation ausgesetzt und wird nicht wieder aufgenommen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Nolte, haben Sie eine Nachfrage?

**Jan Ralf Nolte (AfD):**

(B) Ja, ich habe eine Nachfrage. – Vielen Dank so weit, Frau Ministerin. – Australien fährt da ja eine andere Strategie. Da wird jeder zurückgebracht. Seit 2013 gibt es dort keine Toten mehr auf dem Meer. In derselben Zeit dürften es bei uns an die 20 000 gewesen sein. Da frage ich Sie: Warum gehen wir nicht zur australischen Strategie über? Sind diese Menschenleben das wert?

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Unsäglich!)

Eines möchte ich noch hinzufügen: Selbstverständlich müssen Menschen aus Seenot gerettet werden; aber das war an keiner Stelle meine Frage.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Für mich ist jedes Menschenleben es wert, dass man versucht, es zu retten – nach bestem Wissen und Gewissen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist: Wenn Sie sich die Situation der Anrainerstaaten auf der anderen Seite des Mittelmeeres anschauen – wir haben vorhin in anderem Zusammenhang darüber gesprochen, Stichwort: Libyen und die Situation der Einrichtungen dort –, dann zeigt sich, dass sich das zurzeit ausschließt. Und wenn wir versuchen, dort zu stabilisieren, dann tun wir das deshalb, um den

Menschen zu ermöglichen, vor Ort zu bleiben und den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nicht antreten zu müssen. Aber wir sind noch ein gutes Stück von dieser Situation entfernt. (C)

(Beifall der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Dann kommt jetzt Johann Saathoff.

**Johann Saathoff (SPD):**

Frau Ministerin, die Vergabe des Auftrags für das MKS 180 an die niederländische Wertengruppe Damen bedeutet natürlich auch eine Neustrukturierung des Wertstandorts Deutschland an sich. Sie haben gerade von 70 Prozent Wertschöpfung in Deutschland gesprochen. Meine Information ist: Damen hat 80 Prozent zugesagt. – Gibt es neue Erkenntnisse dazu? Selbst wenn diese Wertschöpfung so stark in Deutschland stattfindet: Wie werden Sie konkret diese Neustrukturierung der Werftenstruktur in Deutschland begleiten?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Bundesministerin der Verteidigung:

Wenn ich „70 Prozent“ sage, dann ist das sozusagen der untere Rand. Es stimmt, dass 80 Prozent zugesagt sind, und ich freue mich sehr, wenn es 80 Prozent oder sogar noch mehr sind. Aber ganz am unteren Rand, sehr, sehr konventionell gerechnet, sind es 70 Prozent. Wichtig ist aber, dass ein Großteil der Wertschöpfung in Deutschland stattfindet, dass wir gerade mit Blick auf den Schiffbau, auch den Oberwasserschiffbau, konsolidieren müssen. Das hat, glaube ich, auch dieses Verfahren noch einmal gezeigt. Das ist einer der Punkte, von denen wir auch im Zusammenhang mit dem, was ich vorhin erwähnt habe, als Bundesregierung gesagt haben, dass wir dies zum Thema machen und dass wir dies auch entsprechend politisch begleiten wollen. (D)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Herr Saathoff, Sie haben eine Rückfrage.

**Johann Saathoff (SPD):**

Besonders für meine Heimat Emden ist diese Entscheidung keine gute Botschaft, weil die Konstruktion bisher in Emden stattgefunden hat. Sie stimmen ja mit mir überein, dass Marineschiffbau ein Stück weit auch immer Strukturpolitik ist, nicht nur in Deutschland, sondern eigentlich auf der ganzen Welt. Gibt es Pläne für künftige Ausschreibungen von Militärschiffen? Werden Sie dann die Schlüsseltechnologie Überwasserschiffbau, wie wir das seit Jahren im Parlament gefordert haben, konsequent fördern, und werden Sie strukturpolitische Gründe auch mit in Ihre Entscheidungen einfließen lassen?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

(A) **Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Sie haben vollkommen recht: Das hat sehr viel mit Strukturpolitik zu tun. Wenn wir „Konsolidierung“ sagen, dann meinen wir damit vor allen Dingen, dass wir auch international wettbewerbsfähig sind. Das betrifft aber weniger die Frage, was wir möglicherweise innerdeutsch an Standorten konzentrieren. Wenn wir die Rechtslage kennen und eine Liste dessen, was wir unter schützenswerter Schlüsseltechnologie verstehen, vorliegen haben, gibt uns das die Möglichkeit, beim nächsten großen Rüstungsvorhaben anders zu verfahren, als wir es beim MKS 180 getan haben.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Jetzt lasse ich noch eine Fragestellerin zu, und das ist die Kollegin Kerstin Vieregge. Frau Vieregge, bitte.

**Kerstin Vieregge (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, im vergangenen Jahr hat dieses Parlament zwei zentrale Vorhaben im Bereich der Fürsorge-, Sozial- und Besoldungsgesetzgebung beraten und verabschiedet, das Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz und das Bundeswehr-Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz. Gibt es mittlerweile – sie sind noch relativ neu, ist ganz klar – schon Erkenntnisse über die Wirksamkeit und vor allem auch darüber, wie sie von den Soldaten bzw. zivilen Beschäftigten der Bundeswehr wahrgenommen werden?

(B) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Ministerin.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung:

Sie haben zu Recht diese beiden – aus meiner Sicht – sehr grundlegenden, wegweisenden Gesetze erwähnt, mit denen wir die Situation, auch die soziale Situation, der Soldatinnen und Soldaten an vielen Stellen verbessert haben. Ein herzliches Dankeschön an das Parlament; denn viele der Verbesserungen sind letztendlich erst im Laufe des parlamentarischen Verfahrens festgelegt worden. Die ersten Erfahrungen: Wir befinden uns im Moment in der Umstellung, im Ausrollen, zum Beispiel auch der neugeschaffenen Zulagen, aber die ersten Erfahrungen sind hier durchweg positiv. Das, was im Gesetz verankert ist, war ein massiver Wunsch, auch aus der Truppe selbst. Insofern ist die Zufriedenheit, dass man diesem Wunsch gerecht geworden ist, auch sehr hoch.

(Beifall des Abg. Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers  
[CDU/CSU])

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Vieregge.

**Kerstin Vieregge (CDU/CSU):**

Glauben Sie, dass durch diese beiden Gesetze die Ziele der mittelfristigen Personalplanung erreicht werden können?

**Annegret Kramp-Karrenbauer**, Bundesministerin der Verteidigung: (C)

Sie sind auf jeden Fall sehr hilfreich; denn wenn man sich die Personalsituation in der Bundeswehr anschaut, auch über die verschiedenen Truppenteile hinweg, dann sieht man, dass wir durchaus größere Herausforderungen haben, zum Beispiel insbesondere bei der Marine. Das hat etwas damit zu tun, dass der Dienst dort oft monatelange Abwesenheit mit sich bringt hat und dadurch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf natürlich besonders schwer ist. Deshalb arbeiten wir dort auch mit entsprechend höheren Zulagen. Das ist ein weiterer Anreiz. Das hilft uns auf jeden Fall.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Ministerin, ich beende die Befragung der Bundesregierung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Fragestunde**

**Drucksache 19/16759**

Die mündlichen Fragen auf Drucksache 19/16759 werden in der üblichen Reihenfolge aufgerufen.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auf und begrüße den Parlamentarischen Staatssekretär Christian Hirte.

Ich rufe die Frage 1 der Kollegin Eva-Maria Schreiber auf: (D)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung nach Bekanntwerden der „Luanda Leaks“ für ihre Compliance-Prüfungen der KfW aus dem Umstand, dass die KfW-Tochter IPEX einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Euro an die Getränkefirma Sodiba der damaligen Präsidententochter dos Santos in Angola gezahlt hat, obwohl schon zum Zeitpunkt der Kreditvergabe massive Vorwürfe von Veruntreuung der Gelder, Korruption und Vetterwirtschaft im Raum standen, und inwiefern plant sie, ihre Verwicklung in den Fall und mögliche Lücken der Prüfprozesse aufzuarbeiten ([www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/angola-dos-santos-101.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/angola-dos-santos-101.html))?

Herr Hirte, bitte.

**Christian Hirte**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Schreiber, der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte für eine Sorgfaltspflichtverletzung durch die KfW-IPEX-Bank in Bezug auf das Angola-Geschäft aus dem Jahr 2015 vor. Die KfW-IPEX-Bank hat im Jahr 2015 einen Darlehensvertrag mit einer angolanischen Bank als Darlehensnehmer abgeschlossen, um ein Exportgeschäft eines deutschen Herstellers zu finanzieren. Aufgrund des erhöhten länderspezifischen Compliance-Risikos bei Geschäften mit Angola führte die KfW-IPEX-Bank eine vertiefte Compliance-Prüfung der kreditnehmenden angolanischen Bank durch, die unter anderem auch ein verstärktes Monitoring einschloss. Bei dieser Compliance-Prüfung ergaben sich hinsichtlich Geldwäscheprävention und Finanzsanktionen keine Auffälligkeiten. Die KfW-IPEX-Bank entwickelt ihre Compliance- und Reputationsrisikosysteme beständig weiter.